

Fortsetzung von Seite 1

noch kleinere Stadtsender hätten schon gar keine Chance.

Der Medienrat der BLM verlängerte am 22. März nach „intensiver Diskussion“ die Sendelizenz von OberfrankenTV zunächst um fünf (!) Wochen – ein Schuss vor den Bug für alle Beteiligten. Diese Ausgangslage für das Endspiel führte schnell zum Waffenstillstand. Bereits

am 19. April waren sich alle wieder grün. Die Zulieferer kamen wieder ins Spiel und dürfen nun das neue Viertelstunden-Konzept aus Hof umsetzen. Die bereits installierten Außenredaktionen werden wieder aufgelöst und die Technik verkauft, das dafür rekrutierte Personal in die Wüste geschickt oder versetzt. Hier zog das Arbeitsplatzargument offenbar nicht: diese, zum Teil aus ande-

ren Sendern abgeworbenen Mitarbeiter hatten keine Verlegerfreunde vorzuweisen und schon gar keine Investitionen getätigt. Bauernopfer in einem Stellungsspiel, das über die Eröffnung nicht hinaus gekommen ist.

Nächste Partie für acht lange Jahre – vielleicht wäre jetzt eine sizilianische Eröffnung angebracht...

Frank Kubus

Mehr Sonne für Bamberg



Photovoltaik-Anlage auf der ERBA

Foto: Sylvia Schaible

Sonnenenergie ist auf dem Vormarsch: Allein im Jahre 2000 wurden bundesweit Solarzellen mit einer Kraftwerkskapazität von 43 MW Leistung neu installiert – das entspricht ungefähr der gesamten Leistung der zehn vorhergehenden Jahre. Auch in Bamberg tut sich was (im Bild die Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des ERBA-Wasserkraftwerkes). Im Rahmen des von Bündnis 90/Die Grünen ini-

tierten 100.000-Dächer-Programms der Bundesregierung wurden bisher 24 Darlehensanträge aus Bamberg in Höhe von 650.000 DM genehmigt, wofür eine Leistung von 58 kWp ans Netz geht. Im Landkreis laufen derzeit insgesamt 107 Darlehen in Höhe von 4,2 Mio DM, für 406 kWp Leistung. Gefördert werden Photovoltaik-Anlagen außerdem durch das Erneuerbare-Energiengesetz, das eine

Vergütung von 0,99 DM pro erzeugter Solar-Kwh garantiert.

Leider tut die Stadt so gut wie nichts, um die Bürgerinnen und Bürger über die Vorteile aufzuklären. Die GAL hilft aber gerne weiter. Wer mehr über die Solarstromerzeugung und die finanzielle Förderung wissen will, wendet sich an das GAL-Büro (Tel./Fax 0951/23777), an Peter Gack (Tel. 9230388), oder an e-mail: post@gal.bamberg.de.



Brief
ans Rathaus

GAL
Stadtratsfraktion

Bamberg, im Mai 2001

Betrifft: OB in der Pfanne

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in einer der letzten Stadtratssitzungen beklagten Sie sich darüber, dass Sie – so wörtlich – „von der GAL immer wieder in die Pfanne gehauen“ würden.

Laut Duden, 21. Ausgabe, 1996, Seite 562, ist „in die Pfanne hauen“ eine umgangssprachliche Redewendung für „jemanden zurechtweisen, erledigen, ausschalten“. Daraus ist deutlich zu ersehen, dass Sie sich in der Formulierung schlichtweg getäuscht haben müssen. Denn die GAL ist natürlich nicht zurechtweisend, sondern zukunftsweisend – die GAL erledigt auch keine Oberbürgermeister, sondern zuverlässig ihre politischen Hausaufgaben – und die GAL schaltet nur Atomkraftwerke gerne aus. Aber Sie kennen uns ja schon lange und wissen das!

Wir nehmen nun an, dass Sie mit der Wahl ihrer Redewendung ganz einfach die Kritik meinten, die wir hie und da – wo wir es eben für angebracht halten – an Ihnen äußern. Da ist natürlich was dran. Wenn uns etwas nicht passt, dann bemängeln wir, greifen an, kritisieren, nörgeln, klagen, fordern – was eben so zum politischen Geschäft gehört. Also gut – wenn Sie das als „in die Pfanne hauen“ bezeichnen wollen, finden wir das zwar etwas drastisch, wollen Ihnen Ihre Freude an kleinen Jammereinlagen aber gerne lassen.

Apropos. Da fällt uns der altbekannte Witz ein: „Was haben ein Ei und ein OB gemeinsam? Antwort: Man kann sie in die Pfanne hauen. – Und was ist der Unterschied? Antwort: Mit dem Ei geht's nur einmal.“ In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine robust-knusprige OB-Kruste und künftig nur noch unverkrampfte Begegnungen mit Pfannen.

Mit schulterklopfenden Grüßen

Ihre GAL-Fraktion

GALliges — Wozu bin ich?

Der Stadtrat ist das höchste Gremium der Stadt. Ihm sind die wichtigen politischen Entscheidungen vorbehalten, damit weitreichende und tiefgreifende Folgen für die Bevölkerung von einem demokratisch gewählten Gremium verantwortet werden. Die Mitglieder des Stadtrats sind sich dessen bewusst und werden ihrer gemeindeordentlichen Bedeutung mit Würde gerecht. Nun ja – nicht immer, aber zumindest fast immer. Oder immerhin meistens. Jedenfalls immer dann, wenn es die Tagesordnung, die der Oberbürgermeister als Vorsitzender des Gremiums zusammenstellt, zulässt. Am 25. April 2001 war einer jener Tage, an denen die Stadtratsmitglieder zuweilen schwer mit ihrer korporalen Sinnhaftigkeit zu kämpfen haben und jedem/r einzelnen von ihnen sich irgend-

wann die Frage stellt: „Wozu bin ich?“ Die Tagesordnung war geprägt von so schwerwiegenden Zukunftsproblemen wie den Lieferzeiten in der Bamberger Fußgängerzone, der Umstellung der Parkgebühren von DM auf Euro und der Genehmigung von zwei beantragten verkaufslangen Samstagen. Noch drei weitere Tagesordnungspunkte, die vorberatende Senate bereits behandelt hatten, krönten die Tragweite der stadträtlichen Zusammenkunft. Da mag so mancher Stadtrat die Sitzung verlassen haben, beschwingt von dem beruhigenden Gedanken „Gut, dass Bamberg keine größeren Probleme hat“. Die üblen Kritiker aber, immer suchend nach Verbesserungswürdigkeiten, Missständen und Reibereien, trollten sich übellaunig, im Bewusstsein einer weiteren vertanen Chance.

